

**TOP 9 Beschlussfassung über Satzungsänderungen**

Inhaltliche Erläuterung der wesentlichen vorgeschlagenen Änderungen

Betroffene Paragraphen	(wesentliche) Änderung	Kurze Erläuterung (Hinweis/Grund)
§ 2 Abs.2b Zweck und Gegenstand	Begriff <b>Spareinlagen</b> wird durch <b>Einlagen</b> ersetzt (hierdurch entfällt 2b und die laufende Nummerierung ändert sich)	Durch die Produktentwicklung und Niedrigzinsphase wurden diverse „neue“ Einlagen banküblich; insofern trägt dieser allgemeinere Begriff dem Rechnung
§ 10.3 Auseinandersetzung und § 40.2 Nachschusspflicht	Wegfall der <b>Nachschusspflicht</b> zum 1. Januar 2022	Durch die Neuregelung der Eigenkapitalbestandteile im Rahmen der Finanzkrise stellt der Haftsummenzuschlag kein Eigenkapital mehr da und kann entfallen
§ 11 h Rechte der Mitglieder	Wegfall der Aushändigung des <b>zusammengefassten Prüfungsberichtes</b>	Die Aushändigung ist unüblich und aus Vertraulichkeitsgründen nicht sinnvoll! Einsichtnahme ist jederzeit möglich!
§ 11 j. Rechte der Mitglieder § 26 e Wahlverfahren	<b>Liste der Vertreter</b> bzw. Ersatzvertreter wird um <b>Telefonnummer oder E-Mail-Adresse</b> ergänzt und kann auf Verlangen ausgehändigt werden	E-Mail-Adresse und Telefonnummer wurden ergänzt
§ 15 Vertretung	Vertretung durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen	Zur Sicherstellung der jederzeitigen Handlungsfähigkeit
§ 16.2 Aufgaben und Pflichten des Vorstands §§ 22 Aufgaben und Pflichten § 23 (1) d Gemeinsame Sitzungen Vorstand und Aufsichtsrat	Ergänzt um die Beachtung der Bestimmungen der <b>BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG)</b> und um die Überwachung des Vorstands bzgl. der Einhaltung einschlägiger bankaufsichtsrechtlicher Regelungen	Umsetzung der EU-Einlagensicherungsrichtlinie und Neueinrichtung BVR-ISG und Anpassung an den Wortlaut von § 25 d (6) KWG
§ 19.4 Willensbildung § 25.6 Konstituierung, Beschlussfassung § 26.d Aktives Wahlrecht	Ergänzung um den eingetragenen Lebenspartner	Umsetzung der Lebenspartnerschaft
§ 19.3 (neu) Willensbildung	Die Änderungen ermöglichen im Wesentlichen die <b>digitale Durchführung</b> von Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen und die digitale (virtuelle) Durchführung der Vertreterversammlung inklusive erforderlicher Beschlussfassungen.  (neu)	Aktuell ist die digitale Durchführung nur temporär durch das Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht möglich
§ 23 (1) f Gemeinsame Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat		
§ 25 2. U. 3 Konstituierung, Beschlussfassung		
§ 27.3 Frist und Tagungsort		
§ 26 e Wahlverfahren		
§ 28.3 Einberufung und Tagesordnung		
§ 33.1, 33.3, 33.4 u. 33.5 Abstimmungen und Wahlen		
§ 35.2 und § 35.5 Versammlungsniederschrift		
§ 36 a, b, c Schriftliche oder elektronische Durchführung...		
§ 42 Jahresabschluss und Lagebericht		
§ 46. 3 Bekanntmachungen		

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen sind im Folgenden vollständig aufgeführt.

Bisher	Neu
<b>§ 2 Zweck und Gegenstand</b>	
<p>(2) Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften, insbesondere</p> <p>a) die Pflege des Spargedankens, vor allem durch Annahme von Spareinlagen;</p> <p>b) die Annahme von sonstigen Einlagen;</p>	<p>(2) Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften, insbesondere</p> <p>a) die Pflege des Spargedankens, vor allem durch Annahme von <u>Einlagen</u> <u>Spareinlagen</u>;</p> <p>b) <del>die Annahme von sonstigen Einlagen</del>;</p>
<b>§ 10 Auseinandersetzung</b>	
<p>(3) Reicht das Vermögen der Genossenschaft einschließlich der Rücklagen und aller Geschäftsguthaben zur Deckung der Schulden nicht aus, so ist das ausgeschiedene Mitglied verpflichtet, von dem Fehlbetrag einen nach dem Verhältnis der Haftsummen aller Mitglieder zu berechnenden Anteil, höchstens jedoch die Haftsumme, an die Genossenschaft zu zahlen.</p> <p>(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für die Auseinandersetzung nach Kündigung einzelner Geschäftsanteile.</p>	<p>(3) <del>Reicht das Vermögen der Genossenschaft einschließlich der Rücklagen und aller Geschäftsguthaben zur Deckung der Schulden nicht aus, so ist das ausgeschiedene Mitglied verpflichtet, von dem Fehlbetrag einen nach dem Verhältnis der Haftsummen aller Mitglieder zu berechnenden Anteil, höchstens jedoch die Haftsumme, an die Genossenschaft zu zahlen.</del></p> <p>(3) Die Absätze 1 bis <u>23</u> gelten entsprechend für die Auseinandersetzung nach Kündigung einzelner Geschäftsanteile.</p>
<b>§ 11 Rechte der Mitglieder</b>	
<p>h) das zusammengefasste Ergebnis des Prüfungsberichts einzusehen bzw. eine Abschrift der Niederschrift der Vertreterversammlung zur Verfügung gestellt zu bekommen;</p> <p>j) die Liste mit den Namen und Anschriften der gewählten Vertreter einzusehen bzw. eine Abschrift der Liste zur Verfügung gestellt zu bekommen.</p>	<p>h) das zusammengefasste Ergebnis des Prüfungsberichts einzusehen <del>bzw. eine Abschrift der Niederschrift der Vertreterversammlung zur Verfügung gestellt zu bekommen</del>;</p> <p>j) die Liste mit den Namen <u>und sowie den</u> Anschriften, <u>Telefonnummern oder E-Mail-Adressen</u> der gewählten Vertreter <u>und Ersatzvertreter</u> einzusehen <del>bzw. und auf sein Verlangen</del> eine Abschrift der Liste zur Verfügung gestellt zu bekommen.</p>
<b>§ 15 Vertretung</b>	
<p>(1) Die Genossenschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gesetzlich vertreten. Der Aufsichtsrat kann einzelne oder alle Vorstandsmitglieder von dem Verbot der Mehrvertretung des § 181 2. Alternative BGB befreien, ihnen also die Befugnis erteilen, bei allen Rechtsgeschäften, welche die Genossenschaft mit oder gegenüber</p>	<p>(1) Die Genossenschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder <u>oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen gesetzlich</u> vertreten. Der Aufsichtsrat kann einzelne oder alle Vorstandsmitglieder von dem Verbot der Mehrvertretung des § 181 2. Alternative BGB befreien, ihnen also die Befugnis erteilen, bei allen</p>

Dritten vornimmt, zugleich als Vertreter Dritter zu handeln.	Rechtsgeschäften, welche die Genossenschaft mit oder gegenüber Dritten vornimmt, zugleich als Vertreter Dritter zu handeln.
<b>§ 16 Aufgaben und Pflichten des Vorstands</b>	
(2) der Vorstand ist insbesondere verpflichtet, e) die Bestimmungen des Statuts der Sicherungseinrichtung des BVR einschließlich der Verfahrensregeln zu beachten;	(2) der Vorstand ist insbesondere verpflichtet, e) die Bestimmungen des Statuts der Sicherungseinrichtung des BVR einschließlich der Verfahrensregeln <u>sowie die Bestimmungen der Satzung der BVR Institutssicherung GmbH</u> zu beachten;
<b>§ 19 Willensbildung</b>	
(3) Beschlüsse sind zu Beweis Zwecken ordnungsgemäß zu protokollieren. Die Protokolle sind fortlaufend zu nummerieren. Sie sind von den an der Beratung mitwirkenden Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen. Näheres regelt die Geschäftsordnung für den Vorstand.  (4) Wird über Angelegenheiten der Genossenschaft beraten, die Interessen eines Vorstandsmitglieds, seines Ehegatten, seiner Eltern, Kinder, Geschwister oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person berühren, darf das betreffende Vorstandsmitglied an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Das Vorstandsmitglied ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.	(3) <u>Eine Beschlussfassung ist ohne Einberufung einer Sitzung im Wege schriftlicher Abstimmung oder durch andere Fernkommunikationsmedien zulässig, wenn kein Mitglied des Vorstands diesem Verfahren widerspricht.</u>  (4) Beschlüsse sind zu Beweis Zwecken ordnungsgemäß zu protokollieren. Die Protokolle sind fortlaufend zu nummerieren. Sie sind von den an der Beratung mitwirkenden Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen. Näheres regelt die Geschäftsordnung für den Vorstand.  (5) Wird über Angelegenheiten der Genossenschaft beraten, die Interessen eines Vorstandsmitglieds, seines Ehegatten <u>oder seines eingetragenen Lebenspartners</u> , seiner Eltern, Kinder, Geschwister oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person berühren, darf das betreffende Vorstandsmitglied an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Das Vorstandsmitglied ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.
<b>§ 22 Aufgaben und Pflichten</b>	
(1) Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands zu überwachen und sich zu diesem Zweck über die Angelegenheiten der Genossenschaft zu unterrichten; er hat auch darüber zu wachen, dass der Vorstand die Bestimmungen des Statuts der Sicherungseinrichtung des BVR einschließlich der Verfahrensregeln beachtet. Er kann	(2) Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands zu überwachen und sich zu diesem Zweck über die Angelegenheiten der Genossenschaft zu unterrichten; er hat auch darüber zu wachen, dass der Vorstand die Bestimmungen des Statuts der Sicherungseinrichtung des BVR einschließlich der Verfahrensregeln <u>sowie die</u>

<p>jederzeit Berichterstattung vom Vorstand verlangen und selbst oder durch einzelne von ihm zu bestimmende Mitglieder die Bücher und Schriften der Genossenschaft sowie den Kassenbestand und die Bestände an Wertpapieren und Handelspapieren einsehen und prüfen. Auch ein einzelnes Mitglied des Aufsichtsrats kann Auskünfte, jedoch nur an den Aufsichtsrat, verlangen.</p>	<p><u>Bestimmungen der Satzung der BVR Institutssicherung GmbH</u> beachtet. <u>Der Aufsichtsrat muss den Vorstand auch im Hinblick auf die Einhaltung der einschlägigen bankaufsichtsrechtlichen Regelungen überwachen.</u> Er kann jederzeit Berichterstattung vom Vorstand verlangen und selbst oder durch einzelne von ihm zu bestimmende Mitglieder die Bücher und Schriften der Genossenschaft sowie den Kassenbestand und die Bestände an Wertpapieren und Handelspapieren einsehen und prüfen. Auch ein einzelnes Mitglied des Aufsichtsrats kann Auskünfte, jedoch nur an den Aufsichtsrat, verlangen.</p>
<p><b>§ 23 Gemeinsame Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat</b></p>	
<p>(1) Über folgende Angelegenheiten beraten Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam und beschließen in getrennter Abstimmung:</p> <p>d) die Abgabe von rechtserheblichen Erklärungen von besonderer Bedeutung, insbesondere den Abschluss von Dienst-, Miet- und anderen Verträgen, durch welche wiederkehrende Verpflichtungen in erheblichem Umfang für die Genossenschaft begründet werden, über die Anschaffung und Veräußerung von beweglichen Sachen im Wert von mehr als 130.000,- EUR sowie über erforderliche Erklärungen im Zusammenhang mit dem Statut der Sicherungseinrichtung des BVR;</p> <p>f) die Festlegung von Termin und Ort der ordentlichen Vertreterversammlung;</p>	<p>(1) Über folgende Angelegenheiten beraten Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam und beschließen in getrennter Abstimmung:</p> <p>d) die Abgabe von rechtserheblichen Erklärungen von besonderer Bedeutung, insbesondere den Abschluss von Dienst-, Miet- und anderen Verträgen, durch welche wiederkehrende Verpflichtungen in erheblichem Umfang für die Genossenschaft begründet werden, über die Anschaffung und Veräußerung von beweglichen Sachen im Wert von mehr als 130.000,- EUR sowie über erforderliche Erklärungen im Zusammenhang mit dem Statut der Sicherungseinrichtung des BVR <u>sowie der Satzung der BVR Institutssicherung GmbH;</u></p> <p>f) die Festlegung von Termin und Ort der <u>ordentlichen</u> Vertreterversammlung; <u>die Durchführung der Vertreterversammlung ohne physische Präsenz der Vertreter (§ 36a Abs. 1), die Möglichkeit der Teilnahme der Vertreter an der Vertreterversammlung im Wege der elektronischen Kommunikation (§ 36a Abs. 4), die Möglichkeit der Mitwirkung an der Beschlussfassung einer nur als Präsenzversammlung durchgeführten</u></p>

<p>(6) Beschlüsse sind zu Beweis Zwecken in ein gemeinsames Protokoll aufzunehmen; das Ergebnis der getrennten Abstimmung ist hierbei festzuhalten; ergänzend gilt § 19 Abs. 3 und § 25 Abs. 5 entsprechend.</p>	<p><u>Vertreterversammlung (§ 36b) und die Bild- und Tonübertragung der Vertreterversammlung (§ 36c):</u></p> <p>(6) Beschlüsse sind zu Beweis Zwecken in ein gemeinsames Protokoll aufzunehmen; das Ergebnis der getrennten Abstimmung ist hierbei festzuhalten; ergänzend gilt § 19 Abs. <del>4</del> und § 25 Abs. 5 entsprechend.</p>
<p><b>§ 24 Zusammensetzung und Wahl des Aufsichtsrats</b></p>	
<p>(2) Bei der Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats muss jeder Wahlberechtigte die Möglichkeit haben, über jeden einzelnen Kandidaten abzustimmen. Für die Wahl gilt im Übrigen § 33 Abs. 3 bis 5.</p>	<p>(2) Bei der Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats muss jeder Wahlberechtigte die Möglichkeit haben, über jeden einzelnen Kandidaten abzustimmen. Für die Wahl gilt im Übrigen § 33 <del>Abs. 3 bis 5.</del></p>
<p><b>§ 25 Konstituierung, Beschlussfassung</b></p>	
<p>(2) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgerechnet. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt; bei Wahlen entscheidet in diesem Fall das Los; § 33 gilt sinngemäß.</p>	<p>(2) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder <u>anwesend ist mitwirkt</u>. Er fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgerechnet. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt; bei Wahlen entscheidet in diesem Fall das Los; § 33 gilt sinngemäß.</p>
<p>(3) Eine Beschlussfassung ist in dringenden Fällen auch ohne Einberufung einer Sitzung im Wege schriftlicher Abstimmung oder durch entsprechende Fernkommunikationsmedien zulässig, wenn der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter eine solche Beschlussfassung veranlasst und kein Mitglied des Aufsichtsrats diesem Verfahren widerspricht.</p>	<p>(3) Eine Beschlussfassung ist <u>in dringenden Fällen auch</u> ohne Einberufung einer Sitzung im Wege schriftlicher Abstimmung oder durch <u>entsprechende andere</u> Fernkommunikationsmedien zulässig, wenn der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter eine solche Beschlussfassung veranlasst und kein Mitglied des Aufsichtsrats diesem Verfahren widerspricht.</p>
<p>(6) Wird über Angelegenheiten der Genossenschaft beraten, die Interessen eines Aufsichtsratsmitglieds, seines Ehegatten, seiner Eltern, Kinder, Geschwister oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person berühren, darf das</p>	<p>(6) Wird über Angelegenheiten der Genossenschaft beraten, die Interessen eines Aufsichtsratsmitglieds, seines Ehegatten <u>oder seines eingetragenen Lebenspartners</u>, seiner Eltern, Kinder, Geschwister oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen</p>

<p>betreffende Aufsichtsratsmitglied an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Das Aufsichtsratsmitglied ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.</p>	<p>Person berühren, darf das betreffende Aufsichtsratsmitglied an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Das Aufsichtsratsmitglied ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.</p>
<p><b>§ 26 d Aktives Wahlrecht</b></p>	
<p>(4) Mitglieder, deren gesetzliche Vertreter oder zur Vertretung ermächtigte Gesellschafter können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Mehrere Erben eines verstorbenen Mitglieds (§ 7) können das Wahlrecht nur durch einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten ausüben. Ein Bevollmächtigter kann nicht mehr als zwei Mitglieder vertreten. Bevollmächtigte können nur Mitglieder der Genossenschaft, Ehegatten, Eltern, Kinder oder Geschwister des Mitglieds sein oder müssen zum Vollmachtgeber in einem Gesellschafts- oder Anstellungsverhältnis stehen. Personen, an die die Mitteilung über den Ausschluss abgesandt ist (§ 9 Abs. 5), sowie Personen, die sich geschäftsmäßig zur Ausübung des Stimmrechts erboten, können nicht bevollmächtigt werden.</p>	<p>(4) Mitglieder, deren gesetzliche Vertreter oder zur Vertretung ermächtigte Gesellschafter können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Mehrere Erben eines verstorbenen Mitglieds (§ 7) können das Wahlrecht nur durch einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten ausüben. Ein Bevollmächtigter kann nicht mehr als zwei Mitglieder vertreten. Bevollmächtigte können nur Mitglieder der Genossenschaft, Ehegatten <u>oder eingetragene Lebenspartner</u>, Eltern, Kinder oder Geschwister des Mitglieds sein oder müssen zum Vollmachtgeber in einem Gesellschafts- oder Anstellungsverhältnis stehen. Personen, an die die Mitteilung über den Ausschluss abgesandt ist (§ 9 Abs. 5), sowie Personen, die sich geschäftsmäßig zur Ausübung des Stimmrechts erboten, können nicht bevollmächtigt werden.</p>
<p><b>§ 26 e Wahlverfahren</b></p>	
<p>(4) Eine Liste mit den Namen und Anschriften der gewählten Vertreter und der gewählten Ersatzvertreter ist mindestens zwei Wochen lang in den Geschäftsräumen der Genossenschaft und ihren Niederlassungen zur Einsichtnahme für die Mitglieder auszulegen. Dies ist in der durch § 46 bestimmten Form bekannt zu machen. Die Auslegefrist beginnt mit der Bekanntmachung. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass jedes Mitglied jederzeit eine Abschrift der Liste der Vertreter und Ersatzvertreter verlangen kann.</p>	<p>(4) Eine Liste mit den Namen <del>und</del> <u>sowie den Anschriften, Telefonnummern oder E-Mail-Adressen</u> der gewählten Vertreter und der gewählten Ersatzvertreter ist <u>zur Einsichtnahme für die Mitglieder</u> mindestens zwei Wochen lang in den Geschäftsräumen der Genossenschaft und ihren Niederlassungen <u>zur Einsichtnahme für die Mitglieder</u> auszulegen <u>oder bis zum Ende der Amtszeit der Vertreter im nichtöffentlichen Mitgliederbereich auf der Internetseite der Genossenschaft zugänglich zu machen</u>. Dies ist in der durch § 46 bestimmten Form bekannt zu machen. Die <u>Auslegefrist</u> <u>Frist für die Auslegung oder Zugänglichmachung</u> beginnt mit der Bekanntmachung. In der Bekanntmachung ist darauf</p>

	hinzuweisen, dass jedes Mitglied jederzeit eine Abschrift der Liste der Vertreter und Ersatzvertreter verlangen kann.
<b>§ 27 Frist und Tagungsort</b>	
(3) Die Vertreterversammlung findet am Sitz der Genossenschaft statt, sofern nicht Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 23 Abs. 1 Buchst. f einen anderen Tagungsort festlegen.	(3) Die Vertreterversammlung findet am Sitz der Genossenschaft statt, sofern nicht Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 23 Abs. 1 Buchst. f einen anderen Tagungsort <u>oder deren ausschließlich schriftliche und/oder elektronische Durchführung</u> festlegen.
<b>§ 28 Einberufung und Tagesordnung</b>	
(3) Die Vertreterversammlung wird durch unmittelbare Benachrichtigung sämtlicher Vertreter in Textform oder durch Bekanntmachung in der durch § 46 vorgesehenen Form einberufen unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen, die zwischen dem Tag des Zugangs (Absatz 7) bzw. der Veröffentlichung der Einberufung und dem Tag der Vertreterversammlung liegen muss. Bei der Einberufung ist die Tagesordnung bekannt zu machen. Die Tagesordnung ist allen Mitgliedern durch Veröffentlichung in der durch § 46 bestimmten Form oder im Internet unter der Adresse der Genossenschaft oder durch unmittelbare Benachrichtigung bekannt zu machen.	(3) Die Vertreterversammlung wird durch unmittelbare Benachrichtigung sämtlicher Vertreter in Textform oder durch Bekanntmachung in der durch § 46 vorgesehenen Form einberufen unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen, die zwischen dem Tag des Zugangs (Absatz 7) bzw. der Veröffentlichung der Einberufung und dem Tag der Vertreterversammlung liegen muss. Bei der Einberufung ist die Tagesordnung bekannt zu machen. <u>Die §§ 36a bis 36c bleiben unberührt.</u> Die Tagesordnung ist allen Mitgliedern durch Veröffentlichung in der durch § 46 bestimmten Form oder im Internet unter der Adresse der Genossenschaft oder durch unmittelbare Benachrichtigung bekannt zu machen.
(7) In den Fällen der Absätze 3 und 5 gelten die Mitteilungen als zugegangen, wenn sie zwei Werktage vor Beginn der Frist zur Post gegeben worden sind.	(7) In den Fällen der Absätze 3 und 5 gelten die Mitteilungen als zugegangen, wenn sie zwei Werktage vor Beginn der Frist <u>zur Post gegeben abgesendet</u> worden sind.
<b>§ 33 Abstimmungen und Wahlen</b>	
(1) Abstimmungen und Wahlen müssen geheim durch Stimmzettel erfolgen, wenn der Vorstand, der Aufsichtsrat oder mindestens der vierte Teil der bei der Beschlussfassung hierüber gültig abgegebenen Stimmen es verlangt.	(1) Abstimmungen und Wahlen müssen geheim <u>durch Stimmzettel</u> erfolgen, wenn der Vorstand, der Aufsichtsrat oder mindestens der vierte Teil der bei der Beschlussfassung hierüber gültig abgegebenen Stimmen es verlangt.
(3) Wird eine Wahl mit Stimmzetteln durchgeführt, so hat jeder	(3) Wird eine Wahl <u>mit Stimmzetteln geheim</u> durchgeführt, so hat jeder

<p>Wahlberechtigte so viele Stimmen, wie Mandate zu vergeben sind. Der Wahlberechtigte bezeichnet auf dem Stimmzettel die vorgeschlagenen Kandidaten, denen er seine Stimme geben will. Gewählt sind die Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten.</p> <p>(4) Wird eine Wahl mit Handzeichen durchgeführt, so ist für jedes zu vergebende Mandat ein besonderer Wahlgang erforderlich. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Erhält kein Kandidat im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, so wird eine Stichwahl zwischen jeweils den beiden Kandidaten durchgeführt, die die meisten Stimmen erhalten haben. In diesem Fall ist der Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen erhält. Sind nicht mehr Kandidaten vorgeschlagen, als Mandate neu zu besetzen sind, so kann gemeinsam (en bloc) abgestimmt werden, sofern dem nicht widersprochen wird.</p> <p>(5) Der Gewählte hat unverzüglich der Genossenschaft gegenüber zu erklären, ob er die Wahl annimmt.</p>	<p>Wahlberechtigte so viele Stimmen, wie Mandate zu vergeben sind. Der Wahlberechtigte bezeichnet auf dem Stimmzettel die vorgeschlagenen Kandidaten, denen er seine Stimme geben will. Gewählt sind die Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten.</p> <p>(4) Wird eine Wahl <b>mit Handzeichen offen</b> durchgeführt, so ist für jedes zu vergebende Mandat ein besonderer Wahlgang erforderlich. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Erhält kein Kandidat im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, so wird eine Stichwahl zwischen jeweils den beiden Kandidaten durchgeführt, die die meisten Stimmen erhalten haben. In diesem Fall ist der Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen erhält. Sind nicht mehr Kandidaten vorgeschlagen, als Mandate neu zu besetzen sind, so kann gemeinsam (en bloc) abgestimmt werden, sofern dem nicht widersprochen wird.</p> <p>(5) Der Gewählte hat <b>spätestens nach der Wahl</b> der Genossenschaft gegenüber zu erklären, ob er die Wahl annimmt.</p>
--	--

### § 35 Versammlungsniederschrift

<p>(2) Die Niederschrift soll spätestens innerhalb von zwei Wochen erfolgen. Dabei sollen Ort und Tag der Versammlung, Name des Versammlungsleiters sowie Art und Ergebnis der Abstimmungen und die Feststellungen des Versammlungsleiters über die Beschlussfassung angegeben werden. Die Niederschrift muss von dem Versammlungsleiter, dem Schriftführer und den Vorstandsmitgliedern, die an der Vertreterversammlung teilgenommen haben, unterschrieben werden; ihr sind die Belege über die Einberufung als Anlagen beizufügen.</p>	<p>(2) Die Niederschrift soll spätestens innerhalb von zwei Wochen <b>nach dem Schluss der Vertreterversammlung</b> erfolgen. Dabei sollen Ort und Tag <b>oder Zeitraum</b> der Versammlung, Name des Versammlungsleiters sowie Art und Ergebnis der Abstimmungen und die Feststellungen des Versammlungsleiters über die Beschlussfassung angegeben werden. Die Niederschrift muss von dem Versammlungsleiter, dem Schriftführer und <b>mindestens einem anwesenden den Vorstandsmitgliedern, die an der Vertreterversammlung teilgenommen haben,</b> unterschrieben werden; ihr sind die Belege über die Einberufung als Anlagen beizufügen.</p>
---	--

	(5) <u>Zusätzlich ist die Niederschrift im Fall der §§ 36a, 36b der Satzung ein Verzeichnis über die an der Beschlussfassung mitwirkenden Vertreter beizufügen und darin die Art der Stimmabgabe zu vermerken.</u>
<b>§ 36 Teilnahme der Verbände</b>	
Vertreter des Prüfungsverbandes und der genossenschaftlichen Spitzenverbände sind berechtigt, an jeder Vertreterversammlung teilzunehmen und jederzeit das Wort zu ergreifen.	Vertreter des Prüfungsverbandes und der genossenschaftlichen Spitzenverbände sind berechtigt, an jeder Vertreterversammlung teilzunehmen und <u>sich</u> jederzeit <del>das Wort zu ergreifen</del> <u>zu äußern</u> .
<u>§ 36 a Schriftliche oder elektronische Durchführung der Vertreterversammlung (virtuelle Vertreterversammlung), elektronische Teilnahme an einer Präsenzversammlung</u>	
	<p>(1) <u>Die Vertreterversammlung kann auch ohne physische Präsenz der Vertreter abgehalten werden (virtuelle Vertreterversammlung). In diesem Fall sind den Vertretern zusammen mit der Einberufung sämtliche Informationen mitzuteilen, die zur uneingeschränkten Teilnahme an der Vertreterversammlung benötigt werden. Dazu gehören insbesondere Informationen über evtl. Zugangsdaten sowie darüber hinaus, auf welche Weise das Rede-, Antrags-, Auskunfts- und Stimmrecht ausgeübt werden kann und wie und bis wann die schriftliche oder elektronische Stimmabgabe zu erfolgen hat.</u></p> <p>(2) <u>Die Teilnahme an der virtuellen Vertreterversammlung kann dergestalt erfolgen, dass die technische Ausgestaltung eine Zwei-Wege-Kommunikation der Vertreter mit den Organen und untereinander in der Vertreterversammlung ermöglicht.</u></p> <p>(3) <u>Die Teilnahme an der virtuellen Vertreterversammlung kann auch dergestalt erfolgen, dass die Zwei-Wege-Kommunikation der Vertreter mit den Organen und untereinander in einer dem Abstimmungsvorgang vorgelagerten Diskussionsphase ermöglicht wird. Der Zeitraum zwischen dem Beginn der Diskussionsphase und dem Abschluss der Abstimmungsphase stellt in diesem Fall die Vertreterversammlung dar. Ist eine</u></p>

	<p><u>Frist zu berechnen, ist in diesem Fall hinsichtlich des Tags der Vertreterversammlung auf den Beginn der Diskussionsphase und hinsichtlich des Schlusses der Vertreterversammlung auf das Ende der Abstimmungsphase abzustellen.</u></p> <p>(4) <u>Die Vertreter können an der Vertreterversammlung auch ohne Anwesenheit in einer Präsenzversammlung teilnehmen und ihre Rechte im Wege elektronischer Kommunikation ausüben (elektronische Teilnahme an einer Präsenzversammlung), wenn der Vorstand dies mit Zustimmung des Aufsichtsrats festlegt. Im Übrigen gelten die vorstehenden Absätze</u></p>
<p><u>§ 36b Schriftliche oder elektronische Mitwirkung an der Beschlussfassung einer nur als Präsenzveranstaltung durchgeführten Vertreterversammlung</u></p>	
	<p><u>Ist gestattet worden, an der Beschlussfassung einer nur als Präsenzveranstaltung durchgeführten Vertreterversammlung schriftlich oder im Wege elektronischer Kommunikation mitzuwirken, ist zusammen mit der Einberufung mitzuteilen, wie und bis wann die schriftliche oder elektronische Stimmabgabe zu erfolgen hat.</u></p>
<p><u>§ 36c Übertragung der Vertreterversammlung in Bild und Ton</u></p>	
	<p><u>Die Übertragung der Vertreterversammlung in Bild und Ton ist zulässig. Die Entscheidung darüber, ob und auf welche Weise die Vertreterversammlung in Bild und Ton übertragen wird, obliegt dem Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats. Die Art und Weise der Übertragung ist mit der Einberufung bekannt zu machen.</u></p>
<b>§ 40 Beschränkte Nachschusspflicht</b>	<b>§ 40 <del>Beschränkte</del> Nachschusspflicht</b>
	<p>(2) <u>Ab dem 1. Januar 2022 ist die Nachschusspflicht der Mitglieder ausgeschlossen.</u></p>
<p><b>§ 42 Jahresabschluss und Lagebericht</b></p>	
<p>(3) Jahresabschluss und der gesetzliche Lagebericht nebst dem Bericht des Aufsichtsrats sollen mindestens eine Woche vor der Vertreterversammlung in den Geschäftsräumen der Genossenschaft oder an einer anderen bekannt zu machenden Stelle zur Einsicht der Mitglieder ausgelegt oder ihnen sonst zur Kenntnis gebracht werden.</p>	<p>(3) Jahresabschluss und der gesetzliche Lagebericht nebst dem Bericht des Aufsichtsrats sollen mindestens eine Woche vor <u>dem Tag</u> der Vertreterversammlung in den Geschäftsräumen der Genossenschaft oder an einer anderen bekannt zu machenden Stelle zur Einsicht der Mitglieder ausgelegt, <u>im nicht öffentlichen Mitgliederbereich auf der Internetseite der Genossenschaft</u></p>

	<u>zugänglich gemacht</u> oder ihnen sonst zur Kenntnis gebracht werden.
<b>§ 43 Verwendung des Jahresüberschusses</b>	
(1) Über die Verwendung des Jahresüberschusses beschließt die Vertreterversammlung; dieser kann, soweit er nicht der gesetzlichen Rücklage (§ 38) oder anderen Ergebnisrücklagen (§ 39) zugeführt oder zu anderen Zwecken verwendet wird, an die Mitglieder nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsguthaben am Schluss der vorhergegangenen Geschäftsjahres verteilt werden. Bei der Verteilung sind die im abgelaufenen Geschäftsjahr auf den Geschäftsanteil geleisteten Einzahlungen vom Tag der Einzahlung an zu berücksichtigen. Der auf das einzelne Mitglied entfallende Jahresüberschuss wird dem Geschäftsguthaben so lange zugeschrieben, bis der Geschäftsanteil erreicht oder ein durch Verlust vermindertes Geschäftsguthaben wieder ergänzt ist.	(1) Über die Verwendung des Jahresüberschusses beschließt die Vertreterversammlung; dieser kann, soweit er nicht der gesetzlichen Rücklage (§ 38) oder anderen Ergebnisrücklagen (§ 39) zugeführt oder zu anderen Zwecken verwendet wird, an die Mitglieder nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsguthaben am Schluss der vorhergegangenen Geschäftsjahres verteilt werden. Bei der Verteilung sind die im abgelaufenen Geschäftsjahr auf den Geschäftsanteil geleisteten Einzahlungen vom <u>ersten Tag des auf die der Einzahlung an-folgenden Kalendertags</u> zu berücksichtigen. Der auf das einzelne Mitglied entfallende Jahresüberschuss wird dem Geschäftsguthaben so lange zugeschrieben, bis der Geschäftsanteil erreicht oder ein durch Verlust vermindertes Geschäftsguthaben wieder ergänzt ist.
<b>§ 46 Bekanntmachungen</b>	
(1) Die Bekanntmachungen der Genossenschaft werden, soweit gesetzlich nichts Abweichendes vorgeschrieben ist, unter ihrer Firma in der „Rheinischen Post – Ausgabe Düsseldorf und Ratingen – sowie in der Neuß Grevenbroicher Zeitung, jeweils unter der Rubrik Bekanntmachungen“, der Jahresabschluss und der gesetzliche Lagebericht sowie die in § 325 HGB genannten Unterlagen werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.	(1) Die Bekanntmachungen der Genossenschaft werden, soweit gesetzlich <u>oder in der Satzung</u> nichts Abweichendes vorgeschrieben ist, unter ihrer Firma in der „Rheinischen Post – Ausgabe Düsseldorf und Ratingen – sowie in der Neuß Grevenbroicher Zeitung, jeweils unter der Rubrik Bekanntmachungen“, der Jahresabschluss und der gesetzliche Lagebericht sowie die in § 325 HGB genannten Unterlagen werden <u>nur im elektronischen</u> Bundesanzeiger veröffentlicht.
(3) Sind die Bekanntmachungen in der „Rheinischen Post – Ausgabe Düsseldorf und Ratingen – sowie in der Neuß Grevenbroicher Zeitung, jeweils unter der Rubrik Bekanntmachungen“ nicht möglich, so wird bis zur Bestimmung eines anderen Bekanntmachungsorgans durch die Vertreterversammlung diese durch unmittelbare Benachrichtigung sämtlicher Vertreter einberufen. Die übrigen	(3) Sind die Bekanntmachungen in der „Rheinischen Post – Ausgabe Düsseldorf und Ratingen – sowie in der Neuß Grevenbroicher Zeitung, jeweils unter der Rubrik Bekanntmachungen“ nicht möglich, so wird bis zur Bestimmung eines anderen Bekanntmachungsorgans durch die Vertreterversammlung diese durch unmittelbare Benachrichtigung sämtlicher Vertreter <u>in Textform</u> einberufen. Die

Bekanntmachungen erfolgen bis zur Bestimmung eines anderen Bekanntmachungsorgans im elektronischen Bundesanzeiger.

übrigen Bekanntmachungen erfolgen bis zur Bestimmung eines anderen Bekanntmachungsorgans im ~~elektronischen~~ Bundesanzeiger.